

Goodbye Gladstone Die Liberale Partei im spätviktorianischen Großbritannien 1886-1906¹

Im Oktober 1884 stellte die *Times* in Großbritannien einen bedauerlichen Mangel an Kenntnissen über deutsche Politiker fest: »The names of third-rate French politicians are familiar to many who could connect only the vaguest reminiscences with the names of Windhorst and Forckenbeck, of Eugen Richter, and Louis Bamberger.« Der ungenannte Autor dieser Äußerung (formuliert anlässlich der Vorstellung eines gerade erschienenen Buches über die Parteien im deutschen Parlament²) hatte auch eine Erklärung für die Diskrepanz in der Wahrnehmung Frankreichs und Deutschlands parat – die relative Einflußlosigkeit des Reichstags: »French parties [. . .] fight upon issues that may convulse the whole of Europe, whereas we know that the destinies of the German Empire and the making of peace or war in Europe are not committed to the Reichstag.« Diese Einschätzung relativierte auch die Rolle der deutschen Liberalen. Bismarcks »fiery, pertinacious opponent« Eugen Richter erschien zwar als »the most redoubtable orator on the Liberal side.« Doch auch dies änderte nichts an der Tatsache »that German Liberals are not considered *regierungsfähig*, as Prince Bismarck would say.« Geradezu niederschmetternd mußte das Urteil über die Liberalen anmuten: »They may speak well, but their speeches will lead them to nothing.«³

Ganz anders erschien die Lage der Liberalen in Großbritannien. Die Partei konnte hier auf parlamentarische Traditionslinien verweisen, die sich in optimistischer Auslegung bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen ließen. Die Bildung der Regierung Palmerstons im Jahre 1859 hatte einen gewissen Kristallisationspunkt für die Bündelung liberaler parlamentarischer Kräfte auf dem Weg zur modernen Liberal Party dargestellt. Zwar entstand selbst auf parlamentarischer Ebene keine geschlossene politische Einheit, doch es gelang die Zusammenführung politischer Strömungen, die bis ins 20. Jahrhundert hinein das Gesicht der Partei prägen sollten. Zu diesen zählten traditionalistische Whigs ebenso wie die Reformen propagierenden Radicals und die sogenannten »Peelites« – freihändlerisch orientierte ehemalige Tories, die sich seit der

1 Für wertvolle Hinweise und Anregungen danke ich Mark Willock und Noyan Dinçkal.

2 H. Wiermann: Der Deutsche Reichstag, seine Parteien und Größen. Leipzig 1884.

3 The Times, 2. Oktober 1884, S. 3 (Men and Manners in the German Parliament), Zitate ebd.

Spaltung der Conservative Party über die Aufhebung der Korngesetze 1846 zunehmend den liberalen Kräften angenähert hatten.⁴ Der einflußreichste unter ihnen sollte nach dem frühen Tod Robert Peels der zukünftige Premierminister Gladstone werden.⁵

So sehr die deutschen Liberalen auf Reichsebene unter der relativen Rückständigkeit des Parlamentarismus litten, so selbstverständlich agierten ihre britischen Namensvettern im seit Jahrhunderten etablierten Unter- und Oberhaus. Im Unterschied zum Reichstag war das britische Parlament das öffentliche Zentrum der politischen Entscheidungen im Königreich; die parlamentarische Rede verpuffte nicht im Paragraphengeflecht einer auf den starken Kanzler zugeschnittenen Verfassung, sondern sie stand in enger Wechselwirkung mit dem politischen Schicksal der Exekutive. Die britischen Liberalen standen nicht abseits der politischen Macht, die sie nur aus der Ferne kritisieren konnten oder mit der sie sich arrangieren mußten, sondern im ständigen politischen Ringen um die Regierungsverantwortung.⁶ Darin waren sie im 19. Jahrhundert ausgesprochen erfolgreich – im Vierteljahrhundert zwischen 1859 und 1886 stellten sie zu zwei Dritteln der Zeit den Premierminister. Liberale Positionen prägten Politik und Gesellschaft durch die seit 1846 dominierende freihändlerische Außenhandelspolitik und die Reforminitiativen der ersten Gladstone-Regierung (1868-1874) nachhaltig.⁷ An den Wahlrechtsausweitungen von 1867 und 1884/85 beteiligten sich die Liberalen zwar mit Vorbehalten, dennoch galten sie als Sprachrohr der unterprivilegierten Massen und als Vorkämpfer einer Demokratisierung des politischen Systems.⁸

Trotz dieser veritablen Bilanz fanden sich um 1890 auch die britischen Liberalen in einer krisenartigen Situation wieder. Im Jahr 1886 hatten sich einflußreiche Gegner einer Selbstverwaltung für Irland (Home Rule) von der Liberal Party abgespalten. Sie traten unter der Führung des charismatischen Joseph Chamberlain und des ehemaligen Ministers Hartington als Liberal Unionists bei den Wahlen an, bevor sie immer stärker zu den Konservativen drifteten, mit denen sie ab 1895 als »Unionists« bei der Regierungsbildung und bei

- 4 Jonathan Parry: *The Rise and Fall of Liberal Government in Victorian Britain*. New Haven / London 1993; die klassische Darstellung: John Vincent: *The Formation of the British Liberal Party 1857-1868*. Hassocks² 1976.
- 5 Für seinen Weg zum Liberalismus vgl. Richard Shannon: *Gladstone. Volume One: 1809-1865*. London 1982.
- 6 Geoff Eley: *Liberalismus 1860-1914. Deutschland und Großbritannien im Vergleich*. In: Dieter Langewiesche (Hg.): *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*. Göttingen 1988, S. 260-276.
- 7 Anthony Howe: *Free Trade and Liberal England 1846-1946*, Oxford 1997; Jonathan Parry: *Gladstone, Liberalism and the Government of 1868-1874*. In: David Bebbington / Roger Swift (Hrsg.): *Gladstone Centenary Essays*. Liverpool 2000, S. 94-112.
- 8 Eugenio F. Biagini: *Liberty, Retrenchment and Reform. Popular Liberalism in the Age of Gladstone, 1860-1880*. Cambridge 1992.

Wahlen kooperierten.⁹ Zudem sah sich der »Gladstonian Liberalism«, dessen Grundüberzeugungen seit den 1860er Jahren das Selbstverständnis der Liberal Party prägten, deutlichem Veränderungsdruck ausgesetzt. Im Folgenden werden zwei wesentliche Zusammenhänge dieser Krise des Liberalismus in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts umrissen: Am Beispiel der Bereiche Außenpolitik und Sozialpolitik soll der spätviktorianische Liberalismus als Reorganisationsphase eines als nicht mehr zeitgemäß empfundenen Gladstonian Liberalism charakterisiert werden. Dessen Skizzierung steht daher am Ausgangspunkt der folgenden Betrachtungen, während am Ende ein kurzer Ausblick auf den britischen Liberalismus nach 1900 gegeben wird. Trotz der spezifischen Entwicklungen in Schottland und Wales, wo die Liberalen traditionell stark waren, wird hier großzügig von »britischem« Liberalismus gesprochen. Eine von der parlamentarischen Ebene ausgehende Betrachtung mag diese Vereinfachung erlauben, die bei einem Ausgangspunkt von lokalen Entwicklungen her unzulässig erscheinen müßte.

I. *Gladstones Liberalismus und der Herbst des Patriarchen*

Wenn der Gladstonian Liberalism um 1890 in einer Krise war, dann lag das nicht zuletzt an Gladstone selbst. Geboren 1809, war William Ewart Gladstone inzwischen über 80 Jahre alt und seit einem halben Jahrhundert politisch aktiv. Er war bislang dreimal Premierminister gewesen (1868-1874, 1880-1885 sowie 1886) und hatte eine vierte Amtszeit (1892-1894) noch vor sich. Öffentlich verehrt und zum lebenden Denkmal geworden, blieb er die zentrale Figur liberaler, wenn nicht sogar britischer Politik. In seinem letzten Jahrzehnt häuften sich aber altersbedingte Konzentrationsschwierigkeiten und Gebrechen; bezeichnenderweise sank die Zahl der von ihm zwischen 1892 und 1894 einberufenen Kabinettsitzungen im Vergleich zu seinen vorangegangenen Regierungen deutlich.

Die größte Hypothek für die spätviktorianischen Liberalen war jedoch nicht Gladstones Alter, sondern seine einsame, der Partei im Laufe des Jahres 1886 aufgenötigte Entscheidung, Irland – das seit 1801 in einer Union mit Großbritannien verbunden war – ein gewisses Maß an Selbstverwaltung (Home Rule) zugestehen. Mehrere Reformgesetze, durch die Gladstone seit seiner ersten Zeit als Premier die Lage der irischen Landbevölkerung verbessern wollte, hatten sich als nur mäßig erfolgreich erwiesen.¹⁰ Weder konnten sie um 1880 agrarischen Protest im Zuge der Wirtschaftsdepression verhindern, noch

9 John Ramsden: *An Appetite for Power. A History of the Conservative Party since 1830.* London 1999, S. 178/179.

10 Michael J. Winstanley: *Ireland and the Land Question 1800-1922.* London 1984.

mäßigten sie die teilweise mit Gewalt vorgebrachten irischen Ansprüche auf Selbstverwaltung. Innerhalb der Gladstone-Regierung von 1880 standen sich Whigs, die zum Schutz des Landeigentums Zwangsmaßnahmen in Irland befürworteten, und Radicals, die Zugeständnisse auch gegen die Interessen der irischen Landbesitzer forderten, gegenüber. Gladstones Lavieren zwischen beiden Positionen äußerte sich in einer Politik von Peitsche und Zuckerbrot – die politische Opposition in Irland wurde zeitweilig verfolgt, in der Landfrage zeigte die Regierung nach intensiven internen Auseinandersetzungen Entgegenkommen. Die überraschende Wendung zur Home-Rule-Politik, von der Gladstone eine endgültige Befriedung der Lage erhoffte, kann daher innerparteilich als eine Flucht nach vorn charakterisiert werden. Sie warf aber eine Vielzahl schwieriger Fragen auf, die von der Klärung der Zuständigkeiten irischer Repräsentationsorgane über die Verteilung des Steueraufkommens bis hin zur Zusammensetzung des Parlaments von Westminster reichten.¹¹

Immerhin hatte die Home-Rule-Politik aus parteistrategischen Überlegungen zunächst durchaus Sinn: Durch Zugeständnisse an irische Forderungen konnten die Liberalen seit den 1880er Jahren wiederholt von der parlamentarischen Unterstützung der irischen Abgeordneten profitieren, die seit der Union von 1801 im britischen Parlament saßen. Deren mächtigster Sprecher war Charles Stewart Parnell (1846-1891). Er hatte den agrarischen und den politischen Protest in Irland zusammengeführt und konnte sich mit der Forderung nach Home Rule auf den überwiegenden Teil der irischen Abgeordneten stützen. Die Kooperation mit Parnell konnte aber letztlich den aus der Spaltung der Liberalen resultierenden Schaden nicht ausgleichen, zumal Parnell 1890 nach einem Ehescheidungskandal zurücktreten mußte und im Folgejahr starb.

Die Home-Rule-Frage belastete die Zukunft der Liberal Party nicht nur wegen des Austritts der Liberal Unionists unter der Führung Joseph Chamberlains, der bis zu diesem Zeitpunkt einer der liberalen Hoffnungsträger für die Ära nach Gladstone gewesen war. Als vielleicht noch gravierender erwies sich der Umstand, daß diese Frage einfach nicht von der Tagesordnung verschwand. Nach der Niederlage mit seiner ersten Vorlage 1886 brachte Gladstone zwar 1893 nach 82tägiger Debatte einen neuen Gesetzentwurf durch das Unterhaus, scheiterte aber an den Lords.¹² Je länger die Home-Rule-Frage diskutiert wurde, desto stärker drängte sie andere Reformvorhaben in den Hintergrund und desto mehr Gelegenheiten bot sie für die Äußerung divergierender Positionen innerhalb der Liberal Party selbst. Nach 1893 war die Partei zudem mit der Frage konfrontiert, ob das Anliegen weiterverfolgt oder aufgegeben werden sollte. Daraus ergaben sich innerparteiliche Konfliktlinien, die noch nach

11 H. C. G. Matthew: Gladstone, 1875-1898. Oxford 1995, S. 183-258.

12 David Brooks: Gladstone's Fourth Administration, 1892-1894. In: Bebbington / Swift (Hrsg.): Gladstone Centenary Essays (wie Anm. 7), S. 225-242.

Gladstones Abschied 1894 die Neuausrichtung der Parteiarbeit erschwerten. Zudem veränderte sich das soziale und programmatische Profil der Partei: Das Whig-Element wanderte zu wichtigen Teilen zu den Liberal Unionists ab, zurück blieben die Befürworter weitreichender, klassisch radikaler Reformvorschläge. Sie prägten das Newcastle Programme von 1891, in dem unter anderem die Abschaffung der Staatskirche in Schottland und Wales, eine Reform der Lokalverwaltungen, die Förderung alkoholischer Enthaltsamkeit, Bildung, Haftungspflichten von Arbeitgebern, Landreformen und Home Rule gefordert wurden. Der Radikalismus in der Partei schien gestärkt, was potentiell Wähler aus den besitzenden Schichten abschrecken konnte.¹³

Auch die Zukunft der Partei als Organisation litt unter dem Führungsstil des späten Gladstone.¹⁴ Zwar begannen die Liberalen in einigen größeren Wahlkreisen, die Modalitäten des Wahlrechts durch Wahlabsprachen geschickt zu nutzen, doch die zentrale Organisation blieb unterentwickelt. Dies entsprach dem antizentralistischen Selbstverständnis der Liberalen, bedeutete aber, daß verbindliche Programme und Handlungsoptionen kaum durchzusetzen waren. 1878 stellte ein politischer Kommentator fest: »In the strict sense of the word there is not, and there never has been, a Liberal ›party‹ in England«. Es gebe lediglich »a body of Liberal opinion which may be united for a limited number of practical objects«. ¹⁵ Die National Liberal Federation, entstanden 1877 als Bündnis lokaler Wahlkomitees, konnte eine dauerhafte Organisation nicht ersetzen, zumal bei weitem nicht alle lokalen liberalen Vereinigungen sich ihr anschlossen. Der »Grand Old Man« selbst stand solchen Initiativen ohnehin skeptisch gegenüber und verließ sich auf seine Popularität im Lande, die er durch wohlinszenierte Vortragsreisen und gezielte Pressearbeit steigerte. Dies machte ihn weiterhin zur wichtigsten Identifikationsfigur für die Partei, doch zur langfristigen Wählerbindung reichte die extraparlamentarische Zugkraft einzelner großer Politiker allein nicht mehr aus. Organisationstechnisch hatten die Konservativen im einsetzenden Zeitalter der Massendemokratisierung, die seit der Wahlreform von 1884/85 weitere Bevölkerungsschichten erfaßte, gegenüber den Liberalen einen deutlichen Startvorteil.¹⁶

Nicht nur Gladstones Politikstil wirkte trotz aller kurzfristigen Erfolge zunehmend anachronistisch. Vor allem die von ihm geprägte Variante des Liberalis-

13 Geoffrey R. Searle: *The Liberal Party. Triumph and Disintegration, 1886-1929*. Basingstoke 2001, S. 49-52.

14 Matthew: Gladstone, 1875-1898 (wie Anm. 11), S. 108-112.

15 Edward D. J. Wilson: *The Caucus and Its Consequences*. In: *The Nineteenth Century* 4 (1878), S. 695-712, Zitate S. 700; David A. Hamer: *The Politics of Electoral Pressure. A Study in the History of Victorian Agitations*. Hassocks 1977.

16 Martin Pugh: *The Making of Modern British Politics 1867-1945*, Oxford 2002, S. 30-41 u. 48-51; T. A. Jenkins: *Parliament, Party and Politics in Victorian Britain*. Manchester 1996, S. 111-141. Die klassische Untersuchung ist H. J. Hanham: *Elections and Party Management. Politics in the Time of Disraeli and Gladstone*. London 1959, ND 1978. S. aber auch: Alex Windscheffel: *Popular Conservatism in Imperial London 1868-1906*. Woodbridge 2007, S. 84-107.

mus schien dem neuen Zeitalter immer weniger angemessen. Gladstones Position wurzelte im Individualismus – der Einzelne sollte möglichst frei von staatlichen Vorgaben agieren können, zugleich aber verantwortlich gegenüber dem Gemeinwesen handeln.¹⁷ Der Gladstonian Liberalism unterschied sich damit – wie der Liberalismus der meisten hochviktorianischen Denker, allen voran John Stuart Mills – von einer Position des uneingeschränkten Laissez-faire. Liberale Politik sollte den Einzelnen von der Macht überkommener Privilegien, beispielsweise der Bevorzugung der Staatskirche gegenüber non-konformistischen Glaubensgemeinschaften, befreien, ihn aber wo nötig in die Lage versetzen, seiner Rolle als verantwortlich handelnden Bürgers gerecht werden zu können. Aus diesem Anspruch folgten die Kernbegriffe, die Gladstones politisches Handeln – zunächst als Chancellor of the Exchequer (1852-1855, 1859-1866), dann als Premierminister – leiteten: Sollte der Staat dem Einzelnen möglichst viel Spielraum zur freien Entfaltung lassen, durfte er nur wenige Ressourcen für sich beanspruchen und möglichst wenig in wirtschaftliche Vorgänge intervenieren. Freihandel und sparsame Haushaltsführung waren daher die wirtschafts- und finanzpolitischen Credo des Gladstonian Liberalism. Für die restriktive Fiskalpolitik, die die Ausgaben des Staates auf ein Minimum beschränken sollte, stand der Begriff »retrenchment«. Mit »wenig« Staat ließ sich aber kaum eine große Armee finanzieren – neben Gladstones moralischen Prinzipien folgte daher schon aus seinen fiskalpolitischen Grundentscheidungen eine friedensorientierte Außenpolitik, die kostenintensive Verwicklungen in internationale Konflikte zu vermeiden suchte. Zu einem öffentlichkeitswirksamen Motto waren »retrenchment« und »peace« verknüpft mit »reform«. Gladstone war überzeugt, daß gebildete, verantwortungsbewußte Wähler die beste Garantie gegen eine expansive Ausgabenpolitik des Staates seien; sie würden seiner Meinung nach darauf achten, daß der Staat die Steuern niedrig halte, so daß sie selbst über ihre Einkünfte verfügen könnten, statt einen ansehnlichen Teil des Einkommens einem intransparenten Kollektivakteur überlassen zu müssen. Wahlrechtsreformen hatten für Gladstone daher den Sinn, verantwortungsbewußte Schichten, die noch vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, am politischen Entscheidungsprozeß zu beteiligen. Sein Kriterium der »Verantwortlichkeit« bestand im Beitrag des Einzelnen zum Steueraufkommen. Wenn Gladstone die Schwelle, die zur Zahlung der Einkommensteuer verpflichtete, absenkte, war dies ein Weg, die Zahl der Wahlberechtigten auszuweiten und zugleich eine Wählerschaft zu modulieren, die ein Interesse am verantwortlichen Umgang mit den Staatseinkünften hatte. So war Gladstone – ebenso wie die meisten seiner

17 Zum Folgenden H. C. G. Matthew: Gladstone, 1809-1874. Oxford 1986, S. 112-128; H. C. G. Matthew: Disraeli, Gladstone, and the Politics of Mid-Victorian Budgets. In: Historical Journal 22 (1979), S. 615-643; Gregory Claeys (Hrsg.): Der soziale Liberalismus John Stuart Mills. Baden-Baden 1987 (= Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung).

liberalen Zeitgenossen – kein Demokrat, der den Zugang zur Wahlurne für ein jedem zustehendes Recht hielt. Seine Vorstellung des verantwortungsbewußten Bürgers schloß ein allgemeines Wahlrecht geradezu aus.¹⁸

Zusammengenommen beruhte Gladstones Liberalismus somit auf einer Verbindung von »individual freedom and responsibility together with a rigid adherence to an economic doctrine stressing free trade and cheap government«. ¹⁹ Hinzu kam eine starke Betonung der moralischen Dimension von Politik, sei es in der Außenpolitik, sei es in den Ansprüchen an den Bürger. Damit öffnete Gladstone in einer für ihn typischen Kombination von privater Überzeugung und politischer Nützlichkeit die Liberal Party für die Nonkonformisten. Sie litten bis weit ins 19. Jahrhundert hinein unter der Privilegierung der anglikanischen Staatskirche und bildeten vielerorts den Kernbestand liberaler Milieus.

Vielen Zeitgenossen, gerade auch Gegnern, galt Gladstone als Radikaler. Die Skizze seines Liberalismus hat jedoch gezeigt, daß seine Reformmaßnahmen letztlich bewahrende Ziele verfolgten. Schon seine Haltung in der Wahlrechtsfrage lief auf Reformen zum Erhalt des bestehenden Systems hinaus. Im Laufe seines Lebens trat sein »Konservatismus« immer deutlicher hervor. So weigerte er sich nach den demokratisierenden Wahlrechtsreformen den für viele Reformer fälligen Schritt einer Machteinschränkung des Oberhauses in die Wege zu leiten. Obwohl die Lords wichtige Gesetzesvorhaben (nicht zuletzt die Home-Rule-Bill von 1893) blockierten, befürwortete Gladstone das Erbprinzip als Basis der englischen Monarchie und wesentlicher Teile der Verfassung.²⁰ Gladstones »Radikalismus« hatte sich in einem halben Jahrhundert politischer Aktivität gleichsam aufgezehrt; je mehr Gladstone sein Reformprogramm umsetzen konnte, um so deutlicher wurden die Grenzen, die er nicht überschreiten würde. Selbst Home Rule, die große Reforminitiative seiner späten Jahre, sollte letztlich der Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen Irland und England und damit einem »bewahrenden« Ziel dienen.

Bei aller prägenden Kraft des Politikers dominierte allerdings seine Vorstellung von Liberalismus nie unangefochten gegenüber anderen Liberalismusinterpretationen, dem Radicalism der Unterschichten oder den divergierenden Auffassungen innerhalb der Parlamentsfraktion.²¹ Schon zu Gladstones Zeiten blieben der »patriotische« Liberalismus Palmerstons und nonkonfor-

18 Etwas positiver im Urteil: Roland Quinault: Gladstone and Parliamentary Reform. In: Bebbington / Swift (Hrsg.): Gladstone Centenary Essays (wie Anm. 7), S. 75-93.

19 Michael J. Winstanley: Gladstone and the Liberal Party. London 1990, ND 1999, S. 12.

20 Michael Barker: Gladstone and Radicalism. The Reconstruction of Liberal Policy in Britain 1885-94. Hassocks 1975.

21 Christopher Harvie: Gladstonianism, the Provinces, and Popular Political Culture, 1860-1906. In: Richard Bellamy (Hrsg.): Victorian Liberalism. Nineteenth-Century Political Thought and Practice. London/New York 1990, S. 152-174.

mistische Interessen erkennbar, ganz zu schweigen von der mit Richard Cobdens Namen verbundenen Überzeugung, Liberalismus habe konsequent freihändlerisch und pazifistisch zu sein.²² Gladstones Leistung bestand darin, diese verschiedenen Strömungen in sein Denken und in die liberale Politik zu integrieren.²³ Dies war eine teilweise programmatische, teilweise aber auch rhetorische Herausforderung. Wie Lord Rosebery 1901 feststellte, war das Ringen der Liberalen um Richtungsentscheidungen kein »post-Gladstonian symptom«. Unter Gladstone konnte es aber gebündigt werden, denn »he with that marvellous gift of rhetoric and eloquence, as rich as the curtain of the temple of old, veiled those discrepancies and that nakedness from the public«.²⁴

Diesem Zweck diene nicht zuletzt eine sorgfältig gepflegte Ambiguität in Gladstones öffentlichen Äußerungen, die zu vielfältigen Interpretationen und Projektionen einluden. Ein typisches Beispiel war die Unterhausrede vom 11. Mai 1864, in der Gladstone erklärte, »that every man who is not presumably incapacitated by some consideration of personal unfitness or of political danger, is morally entitled to come within the pale of the Constitution«.²⁵ Demokratische Kräfte legten die vage Formulierung als Bekenntnis zum allgemeinen Wahlrecht aus – Gladstone avancierte zu einer demokratischen Leitfigur, obwohl sein Wahlrechtskonzept deutlich restriktiver war als das schließlich 1867 von einer konservativen Regierung durchgebrachte Gesetz.²⁶

Wenngleich somit die Konzentration auf einen »Gladstonian Liberalism« nicht zu dem Kurzschluß verleiten darf, das Denken des langjährigen Parteiführers und Premierministers habe die ohnehin nur lose strukturierte Partei allein gekennzeichnet, so prägte Gladstone doch durch sein energisches Handeln die Liberalen und die Regierungspolitik maßgeblich. Immer wieder gelang es ihm, in Wahlkampfzeiten Themen zu finden, die die verschiedenen Flügel der Liberalen hinter seiner Führung einten. Besonders erfolgreich waren die Forderung nach Abschaffung der Staatskirche in Irland im Wahlkampf von 1868 sowie der Angriff auf die Türkeipolitik der konservativen Regierung im Vorfeld der Wahlen von 1880; die Home-Rule-Frage dagegen versagte als Integrationsmittel für die liberalen Kräfte.

22 E. D. Steele: *Palmerston and Liberalism, 1855-1865*. Cambridge 1991; Anthony Howe / Simon Morgan (Hrsg.): *Rethinking Nineteenth-Century Liberalism*. Richard Cobden Bicentenary Essays. Aldershot 2006; Alan Sykes: *The Rise and Fall of British Liberalism 1776-1988*. Edinburgh 1997, S. 46-74.

23 Anthony Howe: Gladstone and Cobden. In: Bebbington / Swift (Hrsg.): *Gladstone Centenary Essays* (wie Anm. 7), S. 113-132.

24 *The Times*, 20. Juli 1901, S. 15 (Lord Rosebery on the Liberal Party).

25 Hansard: *Parliamentary Debates*, Ser. 3, Bd. 175, Sp. 324 (House of Commons, 11.5.1864).

26 Detlev Mares: *Auf der Suche nach dem »wahren« Liberalismus*. Demokratische Bewegung und liberale Politik im viktorianischen England. Berlin 2002, S. 256-259. Allgemein Patrick Joyce: *Democratic Subjects. The Self and the Social in Nineteenth-Century England*. Cambridge 1994, S. 204-223.

In den letzten Gladstone-Jahren und danach traten die divergierenden Strömungen in der Liberal Party deutlich hervor. Gladstones lange Präsenz hatte den zwiespältigen Effekt, viele Differenzen zu überbrücken, zugleich aber deren Austragung zu verhindern. Für seine Nachfolger als liberale Parteiführer (1894-1896 Rosebery, 1896-1899 Harcourt, 1899-1908 Campbell-Bannerman) bedeutete dies eine schwere Hypothek. Die neuen Fragen und Herausforderungen – innenpolitisch Demokratisierung durch Frauenwahlrechtsbewegung und Arbeiterrepräsentation, soziale Frage, gesellschaftliche Rolle der Gewerkschaften; außenpolitisch Aufrüstung, Haltung zum Empire, Protektionismus – verlangten Anpassungsleistungen, die nicht ohne parteiinterne Konflikte und ohne eine Revision des Gladstonian Liberalism zu lösen waren. Die Belastungen, unter denen die spät- und post-Gladstonesche Partei agierte, werden im Folgenden an zwei Beispielen, der Außenpolitik und den Debatten zur sozialen Frage, erörtert.

II. *Wandel der Außenpolitik und Haltung gegenüber dem Empire*

Zentrale Herausforderungen für den Gladstonian Liberalism bildeten seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Außenpolitik und die Haltung zum Empire. Die Ursachen lagen in Veränderungen der Rahmenbedingungen internationaler Politik, aber auch in dem Erbe, das die konservative Regierung Disraelis der Gladstone-Regierung 1880 hinterließ. Disraeli hatte zwischen 1874 und 1880 das weltweite militärische Engagement Großbritanniens ausgebaut und mit der Proklamation der Königin Victoria zur Kaiserin von Indien 1876 die imperiale Identität Großbritanniens mit starker Symbolik betont. Die nachfolgende Gladstone-Regierung fand daher imperiale Weichenstellungen vor, die nicht leicht zu revidieren waren, auch wenn dies in einzelnen Fällen, so in Afghanistan, zunächst zu gelingen schien.²⁷

Der markanteste Testfall, der Ambivalenzen in der Gladstoneschen Außenpolitik hervortreten ließ, war Ägypten. Hier standen seit Disraelis Erwerb von Anteilen am Suezkanal 1875 und der seit 1879 gemeinsam mit Frankreich ausgeübten Kontrolle über die Kanalzone finanzielle Interessen Großbritanniens auf dem Spiel. Das Land wurde von einem Khediven geführt, der formell dem Osmanischen Reich unterstand, aber von Frankreich und Großbritannien gestützt wurde. Als sich 1881 ägyptische Nationalisten gegen den Khediven erhoben, ließ sich im britischen Kabinett kaum Einigung über das Vorgehen und die weitergehenden strategischen Ziele erreichen.²⁸ Einerseits forderte

27 P. J. Cain / A. G. Hopkins: *British Imperialism. Innovation and Expansion 1688-1914*. London 1993, S. 204-209.

28 Afaf Lutfi al-Sayyid-Marsot: *The British Occupation of Egypt from 1882*. In: Andrew Porter (Hrsg.): *The Nineteenth Century*. Oxford 1999 (= *The Oxford History of the British Empire* 3), S. 651-664.

ein Teil der Kabinettsmitglieder – darunter der Kriegsminister Hartington, aber auch die imperial eingestellten Radikalen Chamberlain und Dilke – die Wahrung britischer Interessen durch ein energisches Eingreifen gegen die Aufständischen; als im Juni 1882 britische Truppen Alexandria bombardierten, verließ andererseits der radikale Veteran John Bright, Quäker und überzeugter Pazifist, unter Protest das Kabinett.

Gladstone selbst hatte die imperialen Gelüste Disraelis stets kritisiert. Zu Beginn der Krise betonte er, eine innerägyptische Lösung zu bevorzugen. Doch als es im Juni 1882 zum Aufstand in Alexandria kam, bereitete ihm das militärische Eingreifen keine Skrupel.²⁹

Viele seiner Kritiker sahen darin einen Verrat an seinen Prinzipien einer friedensorientierten Außenpolitik. Doch anders als der Cobden-Erbe Bright war Gladstone nie ein Pazifist in dem Sinne, daß er die Anwendung militärischer Mittel grundsätzlich ausgeschlossen oder für illegitim gehalten hätte. Seine Haltung in der ägyptischen Krise kam somit nicht überraschend, auch wenn er in der Öffentlichkeit durch seine Rhetorik vor 1880 andere Erwartungen geweckt haben mochte. Sein Moralismus und seine finanzpolitischen Grundsätze machten Gladstone aber zu einem zögerlichen Imperialisten, der ungern Gelder für militärische Zwecke freigab und eine internationale Kooperation zur Beilegung von Konflikten britischen Alleingängen vorzog.³⁰ Bekannt ist seine Zurückhaltung, 1884 britische Kräfte in den Sudan gegen den aufständischen Mahdi zu entsenden. Gladstones Zögern trug zum Tod General Gordons bei, der Anfang 1885 in Khartoum nicht rechtzeitig entsetzt werden konnte.³¹

Gladstones Haltung reflektierte verbreitete Ambivalenzen im viktorianischen Liberalismus. Auch wenn Fortschrittsglaube und die Überzeugung, zur Zivilisierung anderer Völker berufen zu sein, Kernbestand des liberalen Selbstverständnisses gewesen sein mögen³², so blieben weite Teile der Liberalen lange Zeit zurückhaltend, wenn es um konkrete imperiale Aktivitäten ging. Insbesondere die englischen Middle classes wollten ernsthaft von den Vorzügen der Maßnahmen für die betroffenen Völker überzeugt werden, bevor sie sich begeistern ließen. Auch wenn darin ein gutes Maß an Selbsttäuschung zu

29 Matthew: Gladstone, 1875-1898 (wie Anm. 11), S. 130-142.

30 Martin Ceadel: Gladstone and a Liberal Theory of International Relations. In: Peter Ghosh / Lawrence Goldman (Hrsg.): Politics and Culture in Victorian Britain. Essays in Memory of Colin Matthew. Oxford 2006, S. 74-94; C. Brad Faught: An Imperial Prime Minister? W. E. Gladstone and India, 1880-1885. In: Journal of the Historical Society 6 (2006), S. 555-578; Eugenio F. Biagini: Exporting ›Western & Beneficent Institutions‹: Gladstone and Empire, 1880-1885. In: Bebbington / Swift (Hrsg.): Gladstone Centenary Essays (wie Anm. 7), S. 202-224.

31 Matthew: Gladstone, 1875-1898 (wie Anm. 11), S. 142-149.

32 Uday Singh Mehta: Liberalism and Empire. A Study in Nineteenth-Century British Liberal Thought. Chicago 1999.

sehen sein mag, so ist doch ein Zögern gegenüber einem auftrumpfenden Imperialismus unverkennbar.³³

Doch seit den achtziger Jahren wirkte Zurückhaltung gegenüber imperialen Unternehmungen zunehmend unzeitgemäß. Seit ab 1884 auch das Deutsche Reich kolonialpolitische Aktivitäten entfaltete, zeichnete sich eine Intensivierung der imperialen Konkurrenz zwischen den führenden europäischen Mächten ab. Der einsetzende »Scramble for Africa« (eine von der *Times* bezeichnenderweise ebenfalls 1884 geprägte Wendung³⁴) weckte Sicherheitsinteressen und Expansionsgelüste in Großbritannien, die mit einer Politik des »retrenchment« nicht dauerhaft zu finanzieren waren. Gladstones Zögern wurde zum Problem. Am 2. Dezember 1884 notierte der über die deutsche Kolonialpolitik besorgte Secretary for India, Kimberley, in seinem Tagebuch:

»It is curious how very reluctant Gladstone is to increase expenses even for the most urgent wants of the army or navy. The public are perfectly ignorant of the pertinacity with which he opposes all plans for increasing our military or naval power. He is really the sole obstacle & I admire his financial consistency; but his objection, to expenditure of all kinds are carried to an extent, mischievous to the public interests.«³⁵

Dies ist eine bezeichnende Äußerung, deutet sie doch einen Wandel im Verständnis des Konzepts »public interests« an. Gladstone hielt im öffentlichen Interesse an seiner restriktiven Haushaltspolitik fest – Auseinandersetzungen über die Höhe der Finanzmittel für die Flotte bildeten schließlich auch den Anlaß für seinen Abschied aus der Politik 1894. Doch zu diesem Zeitpunkt lag das öffentliche Interesse für eine jüngere Politikergeneration bereits im Bekenntnis zum Empire und zu einer aktiveren Außenpolitik. Nach 1886 formierte sich eine Gruppe größtenteils junger Parlamentsabgeordneter, die eine Neuausrichtung der Liberal Party anstrebten. Zu diesem Personenkreis zählten zahlreiche zukünftige Spitzenpolitiker des frühen 20. Jahrhunderts, darunter der spätere Premierminister Henry Asquith, der zukünftige Außenminister Sir Edward Grey sowie der Kriegsminister Richard B. Haldane. Ihnen assoziiert, wenn auch häufig sehr unverbindlich agierend, war Lord Rosebery, der 1894/95 kurzzeitig Nachfolger Gladstones als Premierminister war und von dem auch in den Jahren danach eine Führungsrolle in der Partei erwartet wurde.

In den Augen dieser jungen Politikergeneration, die nicht zuletzt wegen des Ausscheidens der Liberal Unionists einen rasanten Aufstieg innerhalb der

33 Bernard Porter: *The Absent-Minded Imperialists. Empire, Society, and Culture in Britain.* Oxford 2004, S. 98-114.

34 *The Times*, 15. September 1884, S. 8 (The Scramble for Africa).

35 Angus Hawkins / John Powell (Hrsg.): *The Journal of John Wodehouse, first Earl of Kimberley, for 1862-1902.* London 1997 (= Camden Fifth Series, volume 9), S. 350.

Liberal Party erlebte, stellte sich die Aufgabe »to deal in a new spirit with the new problems of the age«³⁶. Zunächst nur lose organisiert und von Gladstone in seinem letzten Kabinett eingebunden, formulierte die Gruppe insbesondere zur Zeit des »Burenkriegs« (1899-1902) dezidierte Ansprüche an die eigene Partei; die im Verlauf des Krieges beklagte mangelnde »Effizienz« Großbritanniens sollte durch ein Programm sozialer Reformen und ein klares Bekenntnis zum Empire überwunden werden.

Außenpolitisches Ziel der Gruppe war weniger eine imperiale Expansion als die Konsolidierung des bestehenden Empire. In Roseberys Worten handelte es sich bei den immer häufiger als »Liberal Imperialists« titulierten Abgeordneten um Politiker, »who are not trying to gain, but maintain, an Empire«³⁷. Dies beinhaltete ein eindeutiges Bekenntnis zum Empire, das als weltweit wirkendes Zivilisierungsinstrument präsentiert wurde. Im Juli 1901 forderte Asquith in einer Rede, die programmatisch in die Partei wirken sollte, »that the Liberal party must recognize the Empire not only as a fact, but must welcome it as a trust (cheers), and that if it is to be anything more than a barren profession of homage before an empty shrine, it must do the best in its power to make the Empire a strong and live Empire, worthy of a Christian civilization. (Cheers.)«³⁸. Dabei entwickelte Asquith die traditionellen Formeln, mit denen Liberale bereits im 19. Jahrhundert die Existenz des Empire gerechtfertigt hatten, zur energischen Anerkennung seiner Existenz fort:

»It [the Empire, D. M.] does not mean a syndicate for the exploration and exploitation of the rest of the world; it does not mean a mere commercial partnership, founded upon a basis of profit and loss; it does not mean even a simple mutual insurance society for the protection of its members against external attack. Its significance and its value to us are these – that, with all its failures and shortcomings, with all its weak places and its black spots, it is the greatest and most fruitful experiment that the world has yet seen in the corporate union of free and self-governing communities.«³⁹

In der konkreten politischen Situation der Jahrhundertwende lief dies auf eine Rechtfertigung des »Burenkriegs« hinaus, der von der konservativen Regierung geführt wurde. Allerdings war diese Position innerhalb der Liberal Party nicht ohne weiteres konsensfähig. Der liberale Parteiführer Campbell-Bannerman machte sich zum Sprecher der spöttisch als »Little Englanders« titulierten Gegenseite, als er nach der Enthüllung der skandalösen Konzentrationslager der Briten die »methods of barbarism« geißelte, mit denen der Krieg

36 The Times, 20. Juli 1901, S. 15 (Lord Rosebery on the Liberal Party).

37 The Times, 28. Oktober 1899, S. 9 (Lord Rosebery at Bath).

38 The Times, 20. Juli 1901, S. 12 (Mr. Asquith and the Liberal Party). Zum Kontext der Rede vgl. H. C. G. Matthew: *The Liberal Imperialists. The Ideas and Politics of a Post-Gladstonian Élite*. Oxford 1973, S. 66-72.

39 The Times, 20. Juli 1901, S. 12 (Mr. Asquith and the Liberal Party).

geführt werde. Beide Seiten beriefen sich in der innerparteilichen Auseinandersetzung gleichermaßen auf »the traditions and principles of the Liberal party«⁴⁰, doch deren unterschiedliche Auslegung setzte die Einheit der Liberal Party einer harten Probe aus.

In dieser Situation belastete zusätzlich die Home Rule-Frage den Zusammenhalt der Partei. Viele Liberal Imperialists folgten der Home-Rule-Vorgabe bestenfalls zögerlich und spekulierten trotz der Hinwendung der Liberal Unionists zu den Konservativen auf die mögliche Rückkehr einiger »Abtrünniger« in die Liberal Party. Als Rosebery und der Parteiführer Campbell-Bannerman im Dezember 1901 über eine Beilegung der Konflikte zwischen Parteispitze und Liberal Imperialists berieten, waren es weder die Fragen sozialer Reformen noch des Empire allgemein, die die Gespräche scheitern ließen – ausschlaggebend dafür war einmal mehr die Irlandfrage. Rosebery sprach sich strikt gegen Home Rule aus, weite Teile der Partei strebten sie weiterhin als Endziel an. Daß auch prominente Liberal Imperialists wie Haldane für eine schrittweise Herbeiführung der irischen Selbstverwaltung eintraten, machte das Meinungsbild in der Partei nur noch unübersichtlicher.⁴¹

Damit blieb der innerparteiliche Zusammenhalt der post-Gladstoneschen Liberalen prekär. Nach 1886 kündigte keine Seite mehr formell die Einheit auf, doch um die Jahrhundertwende erschien es vielen Liberalen fraglich, ob die Partei eine geschlossene Alternative zu den Konservativen bieten könne oder gar auseinanderbrechen würde⁴² – die Haltung zum Empire und zu Home Rule waren schließlich nicht die einzigen parteiinternen Konfliktfelder. Ein weiteres zentrales Problemfeld, in dem ebenfalls eine Revision des Gladstonian Liberalism zur Debatte stand, bildete die soziale Frage. Sie stand auch für viele Liberal Imperialists am Ursprung ihrer Bestrebungen nach einer Neuausrichtung der Liberal Party. Allerdings ließ erst die öffentliche Panik über die mangelnde »national efficiency«, die durch den »Burenkrieg« ausgelöst wurde, die Verbindungen zwischen sozialer Reform und Empire besonders plastisch hervortreten. Berichte über die mangelnde körperliche Fitness der Soldaten und Fehler in der Kriegführung weckten die Sorge, die Briten könnten ihrer imperialen Mission nicht länger gewachsen sein, solange nicht im eigenen Land die einer zur Herrschaft berufenen Nation angemessenen Voraussetzungen geschaffen wären.⁴³ Die Zusammenhänge zwischen Empire, Sozialreform und »national efficiency« betonte Asquith in der bereits angeführten Rede vom Juli 1901:

40 The Times, 20. Juli 1901, S. 12 (Mr. Asquith and the Liberal Party).

41 Matthew: The Liberal Imperialists (wie Anm. 38), S. 83, 89 u. 276. Zu Roseberys eigenwilligem Kurs Helmut Reifeld: Zwischen Empire und Parlament. Zur Gedankenbildung und Politik Lord Roseberys (1880-1905). Göttingen 1987.

42 Geoffrey R. Searle: A New England? Peace and War 1886-1918. Oxford 2004, S. 297-298.

43 Geoffrey R. Searle: The Quest for National Efficiency. A Study in Politics and Political Thought, 1899-1914. Oxford 1971.

»What is the use of an Empire if it does not breed and maintain, in the truest and fullest sense of the word, an Imperial race? (Hear, hear.) What is the use of talking about Empire, if here, at its very centre, there is always to be found a mass of people stunted in education (hear, hear), a prey to intemperance, and huddled and congested beyond the possibility of realizing in any true sense either social or domestic life?«⁴⁴

Damit waren die angestrebten außenpolitischen Neuorientierungen der Post-Gladstone-Zeit verknüpft mit Neuansätzen in der Behandlung der sozialen Frage.

III. *Soziale Frage und sozialer Liberalismus*

Entgegen verbreiteter Klischees hatte sich staatliches Handeln im viktorianischen England keineswegs konsequent am Laissez-Faire-Prinzip orientiert. Schon seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts nahm die Zahl interventionistischer Initiativen zu. Neben der Aufhebung der Getreidezölle durch Peel, die als Sorge des Staates um das Wohl der unteren Bevölkerungsschichten präsentiert werden konnte⁴⁵, fanden sich Schutzmaßnahmen für Frauen und Kinder in bestimmten Industriezweigen (*factory acts*), bildungspolitische Reformansätze (1870), zudem im kommunalen Rahmen Regulierungen bei öffentlichen Gütern, wie der Gas- und Wasserversorgung, gar nicht zu sprechen von moralisierenden Interventionen, die verantwortliche *citizens* erziehen sollten.⁴⁶ Bereits 1872 sah der liberale Ökonom und Unterhausabgeordnete Henry Fawcett in der Gesellschaft die Vorstellung grassieren, eine Lösung sozialer Probleme ergebe sich nicht aus individueller Initiative, sondern »by reliance on State help and appeals for State money«. ⁴⁷ Der liberale Intellektuelle John Morley klagte 1879 sogar, »that in the country where Socialism has been less talked about than any other country in Europe, its principles have been most extensively applied«. ⁴⁸

Wenn im spätviktorianischen Liberalismus eine Debatte über die Notwendigkeit sozialer Reformen und die Legitimität staatlicher Intervention in Wirtschaft und Gesellschaft einsetzte, lief dies somit keineswegs auf einen völligen Bruch mit früheren Überzeugungen hinaus. Der Liberalismus Gladstones

44 The Times, 20. Juli 1901, S. 12 (Mr. Asquith and the Liberal Party).

45 Gareth Stedman Jones: *Languages of Class. Studies in English Working Class History 1832-1982*. Cambridge 1983, S. 168-178.

46 Boyd Hilton: *A Mad, Bad, and Dangerous People? England 1783-1846*. Oxford 2006, S. 588-599; K. T. Hoppen: *The Mid-Victorian Generation 1846-1886*. Oxford 1998, S. 91-104; Brian H. Harrison: *State Intervention and Moral Reform*. In: Patricia Hollis (Hrsg.): *Pressure from Without in Early Victorian England*. London 1974, S. 289-322.

47 Hansard, *Parliamentary Debates*, 3rd series, 210 (12.4.1872), Sp. 1200.

48 John Morley: *The Life of Richard Cobden*. London 1903 (Original: 1879), S. 303.

bot schon im Politikstil und in der moralischen Emphase, mit der er die Pflichten des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft betonte, durchaus Anknüpfungspunkte für sozialpolitische Neuansätze innerhalb des Liberalismus.⁴⁹ Dennoch fand im späten 19. Jahrhundert eine deutliche Akzentverschiebung statt: Der hochviktorianische Staat hatte tendentiell in gesellschaftliche oder wirtschaftliche Abläufe nur eingegriffen, um Mißstände zu beheben. Armut erschien häufig als ein moralisches Versagen des Einzelnen; die Vernachlässigung der Pflicht, für das eigene Fortkommen und die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen, war nach verbreiteter Meinung die Ursache für gesellschaftlichen und ökonomischen Mißerfolg. Die aktive Herbeiführung besserer Lebenschancen für schwächere Bevölkerungsschichten war noch kaum Ziel der Politik.⁵⁰ Im liberalen Diskurs dominierte der Nicht-Interventionsgedanke. Eine Maßnahme wie die Aufhebung der Korngesetze 1846 stellte in dieser Interpretation keinen ungerechtfertigten staatlichen Eingriff dar, sondern beseitigte Privilegien, die dem freien Handel im Wege standen. Staatliche Interventionen mußten gegen den vorherrschenden Nichtinterventionsdiskurs durchgesetzt werden. Diese Schwerpunktsetzung verkehrte sich im späten 19. Jahrhundert geradezu in ihr Gegenteil.

Die Gründe für diesen Umschwung waren vielfältig und weisen weit über die Geschichte der Liberal Party hinaus. Demographisches und urbanes Wachstum führten zu Veränderungen, die von der Gesellschaftsstruktur über die Arbeitsbedingungen bis hin zu religiösen Überzeugungen und dem Familienleben reichten.⁵¹ Die »social explorers«, die wie Ethnologen in die neuen, unübersichtlichen und den bürgerlichen Schichten unbekanntem Viertel der rasant gewachsenen Großstädte vorstießen, fanden ein Ausmaß an Armut, Wohnungselend und gesundheitlicher Misere vor, das durch den Verweis auf das moralische Fehlverhalten des Einzelnen kaum mehr plausibel zu erklären war.⁵² Staatliche Hilfe erschien angesichts struktureller Armutsursachen dringend geboten. Die zwar langsame, aber doch wahrnehmbare Demokratisierung des politischen Systems bedeutete zudem, daß Repräsentanten der Arbeiterschaft erstmals innerhalb der etablierten politischen Strukturen Forderungen vortragen konnten. Hatte soziale Politik bisher in von der politischen Elite beschlossenen Zugeständnissen an bestimmte Segmente der

49 Thomas Kleinknecht: »Old Liberalism« und »Citizenship«. Zur Rolle der Traditionselemente im »New Liberalism«. In: Karl Rohe (Hrsg.): Englischer Liberalismus im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Bochum 1987, S. 155-170.

50 P. W. J. Bartrip: State Intervention in Mid-Nineteenth Century Britain: Fact or Fiction? In: Journal of British Studies 23 (1983), S. 63-83; Pat Thane: Government and Society in England and Wales, 1750-1914. In: F. M. L. Thompson (Hrsg.): The Cambridge Social History of Britain, 1750-1950. Cambridge 1990, Bd. 3, S. 1-61, hier: S. 14-40.

51 Jose Harris: Private Lives, Public Spirit. Britain 1870-1914. Oxford 1993.

52 David Englander / Rosemary O'Day (Hrsg.): Retrieved Riches. Social Investigation in Britain, 1840-1914. Aldershot 1995.

Bevölkerung bestanden, so zeichnete sich zunehmend ein Zeitalter ab, in dem die »Masse« selbst maßgeblich an den politischen Entscheidungen beteiligt sein würde. Damit waren die Parteien herausgefordert, sich für neue Wählerschichten und für neue Anforderungen an die Politik zu öffnen.

Für Liberale war allerdings die Hinwendung zu sozialen Fragen und staatlicher Intervention hochproblematisch, denn sie schuf eine doppelte Frontlinie: einerseits gegenüber Verfechtern des Laissez-faire-Prinzips, die rasch bei der Hand waren, jegliche staatliche Intervention als Sozialismus zu brandmarken⁵³ – andererseits gegenüber den Sprechern der Arbeiterbewegung, die von der Aufrichtigkeit liberaler Neuorientierungen überzeugt werden wollten. Dies mußte bereits Joseph Chamberlain erfahren, der den ersten systematischen Versuch unternahm, soziale Reformvorstellungen innerhalb der Liberal Party durchzusetzen. Als President of the Board of Trade (Wirtschaftsminister) in Gladstones dritter Amtszeit als Premierminister legte er 1885 mit einigen Mitstreitern das »Radical Programme« vor, mit dessen Hilfe er nach der Wahlreform von 1884/85 die neuen Wählerschichten an die Liberale Partei binden wollte.⁵⁴ Im Programm fanden sich Vorschläge wie die Verbesserung der Wohnsituation der ärmsten Arbeiter in den Städten und auf dem Land, kostenlose Schulbildung, Kommunalreformen und die Machtbeschränkung der Staatskirche. Eine Kurzfassung des Programms suchte Chamberlain im Wahlkampf 1885 in der Partei durchzusetzen. Als brisantester Punkt in diesem »Unauthorized Programme« erwies sich das Schlagwort »Three Acres and a Cow«: Durch die Bereitstellung kleiner Landstücke, die das Auskommen einer Familie sichern konnten, sollten die Landflucht beendet und die Armut beseitigt werden. Die dazu von Chamberlain anvisierte Kompetenzausweitung lokaler Behörden, die Ländereien zwangsweise aufkaufen sollten, hätte einen gravierenden Eingriff in die bestehenden Eigentumsverhältnisse bedeutet.⁵⁵ Weiterentwickelt wurden Chamberlains Vorschläge von Sir Charles Dilke, der als für die Lokalverwaltungen zuständiger Minister in Gladstones dritter Amtszeit die Not der Armen kennengelernt hatte und 1890 seinen eigenen Entwurf eines sozialradikalen Programms vorlegte.⁵⁶

Chamberlain und Dilke verfolgten das Ziel eines sozialen Liberalismus, der den Sozialismus überflüssig machen sollte; dennoch schlug ihnen von ihren Gegnern der Vorwurf entgegen, dem Sozialismus Tür und Tor zu öffnen. Erstmals schienen Führungspolitiker der Liberalen das Eigentumsprinzip

53 Donald Winch: *Between Feudalists and Communists. Louis Mallet and the Cobden Creed*. In: Howe / Morgan (Hrsg.): *Rethinking Nineteenth-Century Liberalism* (wie Anm. 22), S. 247-263, hier: S. 248.

54 *The Radical Programme*. With a Preface by The Right Hon. J. Chamberlain, M.P. London 1885, S. v/vi (Vorwort Chamberlains).

55 T. A. Jenkins: *The Liberal Ascendancy, 1830-1886*. Basingstoke 1994, S. 183-192.

56 David Nicholls: *The Lost Prime Minister. A Life of Sir Charles Dilke*. London 1995, S. 245-261.

preiszugeben und staatliche Interventionen in Wirtschaft und Gesellschaft grundsätzlich zu legitimieren, und das zu einer Zeit, in der die Landreformrezepte des Amerikaners Henry George in der britischen Arbeiterschaft Furore machten.⁵⁷

Doch Chamberlain stand gerade mit seinen Vorschlägen für eine Landreform durchaus in der Tradition eines liberalen Radikalismus. Land bedeutete Privilegien des Adels, also des klassischen Gegners radikaler Liberaler. Bereits John Stuart Mill und Richard Cobden hatten sich in der Landfrage dem Gedanken einer Umverteilung des Eigentums besonders aufgeschlossen gezeigt.⁵⁸ Wenngleich landbesitzende Whigs Chamberlains Vorstoß dennoch als revolutionär empfinden mochten, erhoben Historiker später eher den gegenteiligen Vorwurf: Die Konzentration auf die Landfrage wird bewertet als rückwärtsgewandt und einer industrialisierten Massengesellschaft nicht angemessen.⁵⁹ Dieses Urteil verkennt allerdings die extrem ungleichgewichtige Verteilung des ländlichen Eigentums in Großbritannien. Bis in die Gegenwart hinein besitzt ein zahlenmäßig sehr geringer Bevölkerungsanteil die überwiegende Fläche des Landes, auch in den Städten. Die Landfrage spielte daher nicht nur im ländlichen Liberalismus immer wieder eine Rolle.⁶⁰

Sie blieb bis ins 20. Jahrhundert hinein in liberalen Kampagnen gegen die Privilegien der Aristokratie präsent. Das bekannteste Beispiel ist das »People's Budget« von 1909, in dem der liberale Chancellor of the Exchequer, David Lloyd George, eine Besteuerung des Landbesitzes vorsah, um soziale Reformprogramme zu finanzieren. Der Vorschlag mündete in eine Verfassungskrise und letztlich in eine Machtbeschränkung des Oberhauses.⁶¹

Chamberlains Kampagne von 1885 enthielt daher politischen Sprengstoff. Allerdings scheiterte der Versuch, sein Programm innerhalb der Liberalen zu propagieren, an der Dominanz der Home Rule-Frage und seinem Austritt aus der Liberal Party, der sich – anders als geplant – als dauerhaft erweisen sollte. Dilke dagegen verlor an Einfluß in der Liberal Party, seit er 1885 in einen Ehebruchskandal verwickelt worden war, der seinen politischen Aufstieg jäh beendete.

Eine Neuausrichtung der Liberal Party auf der Grundlage sozialer Reformen strebten auch die Liberal Imperialists an. Sie hatten schon frühzeitig ein Interesse an der Lage der Arbeiterschaft, insbesondere den Arbeitsbedingungen in

57 Antony Taylor: *Lords of Misrule. Hostility to Aristocracy in Late Nineteenth- and Early Twentieth-Century Britain*. Basingstoke 2004, S. 45-72.

58 Margot Finn: *After Chartism. Class and Nation in English Radical Politics, 1848-1874*. Cambridge 1993, S. 265-273.

59 Sykes: *The Rise and Fall of British Liberalism* (wie Anm. 22), S. 127.

60 Patricia Lynch: *The Liberal Party in Rural England 1885-1910. Radicalism and Community*. Oxford 2003.

61 Ian Packer: *Lloyd George, Liberalism and the Land. The Land Issue and Party Politics in England, 1906-1914*. Woodbridge 2001.

Fabriken, gezeigt und ein staatliches Eingreifen zur Schaffung gerechter Lebensbedingungen gefordert. Gegen Ende des Jahrhunderts allerdings, als sich das Thema »nationale Effizienz« zunehmend in den Vordergrund schob, verschmolzen die sozialen Reformideen – darunter insbesondere die Forderung nach besseren Wohnungen für Arbeiter – mit den Sorgen um die Aufrechterhaltung des Empire. Nicht mehr die Entfaltung der Lebenschancen des Einzelnen, sondern die Schaffung einer »imperial race« bildete nun den Orientierungspunkt im Denken der Liberal Imperialists. Als Grundlage für eine starke weltpolitische Position Großbritanniens verband sich das Stichwort »soziale Reform« mit Vorschlägen zur Steigerung der Verwaltungseffizienz, zu Bildungsreformen und zur Gestaltung eines harmonischeren Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unternehmern.⁶²

Mit ihrer Betonung des Empire und staatlicher Intervention verließen die Liberal Imperialists den Boden des Gladstonian Liberalism. Dies schuf einerseits Spannungen zu den Sachwaltern Gladstonescher Ideen in der Partei, andererseits aber Anknüpfungspunkte an Teile der Arbeiterbewegung sowie – über den Empire-Bezug – zu den regierenden Unionisten. Der inneren Einheit der Liberal Party war damit allerdings nicht gedient. Es sollte bis nach dem »Burenkrieg« dauern, bis die Liberal Imperialists sich eindeutig für den Verbleib in der Liberal Party entschlossen, während zuvor insbesondere Kreise um Rosebery mit dem Gedanken geflirtet hatten, die Liberal Imperialists zum Ausgangspunkt einer Umgestaltung des Parteiensystems zu machen.⁶³

Auch den Liberal Imperialists gelang somit keine gezielte Neuausrichtung der Liberal Party, sondern ihre teilweise wenig sorgfältig vorbereiteten innerparteilichen Initiativen belasteten zunächst einmal deren Zusammenhalt. Auch arbeiteten sie ihre sozialen Reformideen nicht zu einem kohärenten Programm aus. Deutlich war aber, daß »social reforms« – außer bei Landreformforderungen, die vornehmlich die Aristokratie trafen – keine grundlegende Gefährdung der Eigentumsordnung bedeuten mußten. Sie bestanden aus einer Vielzahl von Maßnahmen, die für die Klientel der Liberalen akzeptabel sein sollten. Dazu zählten die Besserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter, das klassische Anliegen, die alkoholische Enthaltbarkeit der Unterschichten zu fördern, und Bildungsreformen, war doch »education [...] beyond all doubt the most powerful and important lever which we can use in the great process of levelling up.«⁶⁴ Doch der fragmentarische Charakter der Ansätze zur Neuausrichtung des Liberalismus, die innerhalb der Liberal Party unternommen wurden, überließ die systematische Durchdringung der

62 Matthew: *The Liberal Imperialists* (wie Anm. 38), S. 235-264.

63 Ebd., S. 79-121.

64 Richard B. Haldane: *The Liberal Party and Its Prospects*. In: *The Contemporary Review* 53 (1888), S. 145-160, Zitat S. 156.

damit verbundenen Fragen liberalen Intellektuellen, die der Partei häufig nur lose verbunden waren.

Der Fluchtpunkt, auf den alle Überlegungen zur Schaffung eines sozialen Liberalismus zuliefen, war die Frage, ob die Gemeinschaft in Gestalt des Staates aktiv die Voraussetzungen schaffen mußte, um dem Einzelnen die Entfaltung seiner Freiheitsrechte zu ermöglichen. Eine positive Antwort auf diese Frage bedeutete innerhalb des liberalen Diskurses die entscheidende Akzentverschiebung vom Gladstonian Liberalism zu einem neuen, sozialen Liberalismus. Eine solche positive Antwort formulierten insbesondere Oxforder »idealistische« Philosophen. In der Nachfolge Thomas Hill Greens (1836-1882) sahen sie die Gesellschaft verpflichtet, für das Wohlergehen des Einzelnen die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, da das Individuum nicht ohne die Bindung an seine Gemeinschaft existieren könne. In diesem Denken verbanden sich verschiedene intellektuelle Strömungen zu einer stärker kollektivistischen Staatsauffassung: »Darwin [. . .] moves to embrace Hegel in recommending the establishment of a social-democratic state instead of a competitive state of nature.«⁶⁵

Damit war der Boden bereitet für Denker wie den Soziologen L. T. Hobhouse (1864-1929) und den Ökonomen J. A. Hobson (1858-1940), deren Kritik am ungehinderten Wettbewerb und deren Legitimierung staatlicher Wohlfahrtsprogramme sie zu den zentralen Vordenkern des »New Liberalism« im frühen 20. Jahrhundert werden ließen. Insbesondere Hobson fand Zustimmung, verband er doch traditionelles liberales Denken mit Gemeinschaftsgedanken, indem er die Wechselbeziehung zwischen der Entfaltung des Individuums und dem Gedeihen der Gesellschaft betonte.⁶⁶

Unmittelbaren Eingang in die Programmatik der Liberal Party fanden diese Ideen vor der Jahrhundertwende nicht. Allerdings existierten zahlreiche Verbindungen zwischen den Intellektuellen und der Partei, teilweise über ehemalige Studenten, die nun die Parlamentsbänke bevölkerten, teilweise über Clubs, weitere soziale Zirkel und Journale. Bekannt ist insbesondere der 1894 gegründete Rainbow Circle, dessen Zeitschrift »Progressive Review« sozialradikale Ideen zirkulierte. Auf diese Weise kamen Reformere verschiedener politischer Couleure in Kontakt, von den Fabians über die Liberal Imperialists bis hin zu späteren Labour-Granden wie Ramsay MacDonald.⁶⁷ Der New Liberalism war in dieser Hinsicht ein kulturelles Phänomen, das aus Querverbindungen zwischen Sozialisten, Liberalen und Radicals erwuchs, dadurch

65 Michael Bentley: *The Climax of Liberal Politics. British Liberalism in Theory and Practice 1868-1918*. London 1987, S. 78.

66 Michael Freedon: *The New Liberalism. An Ideology of Social Reform*. Oxford ²1986, S. 110-116.

67 Michael Freedon: *The New Liberalism Revisited*. In: Rohe (Hrsg.): *Englischer Liberalismus* (wie Anm. 49), S. 133-154, hier: S. 137-141.

aber die Verbindlichkeit einer organisierten Zusammenarbeit vermissen ließ. Von der Liberal Party her gesehen operierten die progressiven Denker nicht im Zentrum, sondern an der Peripherie der Partei.⁶⁸ Eine direkte Transformation der parlamentarischen Partei durch die New Liberals blieb daher aus, konkrete soziale Reformvorschläge blieben in der Parlamentsfraktion umstritten. Erst in den wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen der Regierung Asquiths (1908-1916) trugen die Debatten des späten 19. Jahrhunderts langfristig Früchte (z. B. Altersversicherung 1908, National Insurance 1911, Mindestlohn für Bergarbeiter 1912).

Die Debatten über die soziale Frage erweisen die spätviktorianische Phase der Liberal Party einmal mehr als Übergangszeit. Robert F. Haggard ist durchaus zuzustimmen, wenn er die »persistence of Victorian Liberalism« konstatiert und damit ein Fortwirken von Ansätzen des Gladstonian Liberalism im spätviktorianischen Liberalismus meint.⁶⁹ Dennoch lassen sich bei aller berechtigten Relativierung der Neuheit des spätviktorianischen »sozialen Liberalismus« Veränderungen im liberalen Diskurs feststellen, die den Rahmen des Gladstonian Liberalism sprengten. Richard Haldane faßte den Unterschied 1888 programmatisch in die Gegenüberstellung eines »old destructive Liberalism«, dessen Aufgabe in erster Linie die Beseitigung ungerechtfertigter Privilegien gewesen sei, und eines »new constructive Liberalism«, dessen Ziel die Herbeiführung eines »system of equality« durch staatliche Intervention sein müsse.⁷⁰

Diese Öffnung gegenüber sozialen Themen und mehr noch die positive Bewertung des Staates ließen die Verteidiger eines noninterventionistischen Staats- und Wirtschaftsmodells bis zur Jahrhundertwende in die Defensive geraten. Fast schon symbolisch mutet der Name einer ihrer maßgeblichen Interessenorganisationen an: Liberty and Property Defence League.⁷¹

IV. *Übergang in den Untergang? Der spätviktorianische Liberalismus und das Ende der Liberal Party*

Die Umorientierungskrisen des späten 19. Jahrhunderts hatten Konsequenzen bei den Wahlen. Die zerrissene Partei blieb mit Ausnahme der glücklosen Regierungen unter Gladstone (1892-1894) und Rosebery (1894/95) zwischen

68 Michael Freedon: *The New Liberalism and Its Aftermath*. In: Bellamy (Hrsg.): *Victorian Liberalism* (wie Anm. 21), S. 175-192, hier: S. 175.

69 Robert F. Haggard: *The Persistence of Victorian Liberalism. The Politics of Social Reform in Britain, 1870-1900*. Westport 2001.

70 Richard B. Haldane: *The Liberal Creed*. In: *The Contemporary Review* 54 (1888), S. 461-474, Zitate S. 469 u. 470.

71 Edward Bristow: *Individualism versus Socialism in Britain, 1880-1914*. New York/ London 1987.

1886 und 1905 in der Opposition. Doch gerade in Oppositionszeiten konnten Differenzen ausgetragen und persönliche Animositäten gepflegt werden, die die Wahlchancen weiter untergruben. Größere Abspaltungen blieben aber nach 1886 aus, da die Partei nicht eindeutig entlang weniger großer Fragen gespalten war, sondern die Bruchlinien kreuz und quer verliefen; man fand sich bei einzelnen Themen mit Personen auf derselben Seite, deren Position in einer anderen Frage man bekämpfte. Überdies erlaubten manche Gesetzesinitiativen der unionistischen Regierung die zumindest kurzfristige Bündelung liberaler Energien, so kurz vor und nach der Jahrhundertwende die heftig umstrittenen Vorlagen zur Reorganisation des Schulwesens.⁷² Den auseinanderdriftenden Tendenzen standen somit immer wieder auch einheitsstiftende Aspekte gegenüber.

Eine mühsam aufrechterhaltene Parteieinheit erlaubte dennoch kein überzeugendes Bild bei den Parlamentswahlen. Daß die Partei 1906 zu einem überwältigen Wahlsieg kam, hatte sie paradoxerweise Joseph Chamberlain zu verdanken. So wie dieser die Liberalen 1886 in die Krise gestürzt hatte, so verhalf er ihnen nun unverhofft zur politischen Wiederauferstehung. Er propagierte seit 1903 das Anliegen einer Empire- und Zollreform, das er im unionistischen Bündnis als Wahlziel durchsetzen konnte. Ziel seiner unter dem Schlagwort »Tariff reform« geführten Kampagne war die Integration des Empire nach innen und der Abschluß nach außen durch die Schaffung eines einheitlichen Zollgebiets. Die Warenzirkulation innerhalb des Empire wäre damit faktisch protegiert worden, während Zölle insbesondere die britische Industrie vor ausländischer Konkurrenz abgeschottet hätten.⁷³

Eine abrupte Beendigung des seit 1846 verfolgten Freihandelskurses barg aber auch die Gefahr einer Verteuerung kontinentaleuropäischer Getreideeinfuhren. Dies gab der Liberal Party die Chance, sich in den Wahlen als Verteidiger erschwinglicher Nahrungsmittel zu präsentieren. Daß sie wegen des Scheiterns der vorangegangenen unionistischen Regierung (1905) bereits als Regierungspartei in die Wahlen gehen konnte, erleichterte es, die internen Meinungsverschiedenheiten beizulegen. Die Home-Rule-Entscheidung wurde vertagt, die Empire-Differenzen verschwanden nach einigem Liebäugeln der Liberal Imperialists mit der unionistischen Position hinter der überzogenen Empire-Konzeption Chamberlains. Das liberale Wahlprogramm war deutlich in seiner Frontstellung gegen Tariff reform, vermied aber klare Aussagen zu eigenen Regierungsvorhaben.⁷⁴ Dies brachte den Liberalen den Vorwurf ein, im Wahlkampf lediglich jahrzehntealte Formeln aus der Zeit der Anti-Corn Law League wiederaufgelegt zu haben, während Chamberlain sei-

72 Searle: A New England? (wie Anm. 42), S. 329-334.

73 Cain / Hopkins: British Imperialism (wie Anm. 27), S. 202-221.

74 Searle: The Liberal Party (wie Anm. 13), S. 49-52.

nen Blick zukunftsorientiert auf die Stärkung der britischen Industrie gerichtet habe. Doch als soziale Öffnung hatte das Vorgehen der Liberalen durchaus Sinn – »Cheap bread« und der »Free breakfast table« versprachen gerade dem Arbeiter die Sicherung seiner existentiellen Bedürfnisse. »Free Trade« war kein künstlich wiederbelebtes Relikt aus längst vergangenen liberalen Glanzzeiten, sondern zum integralen Bestandteil des New Liberalism geworden.⁷⁵

Der Wahlsieg 1906 läutete eine durchgehende liberale Regierungsperiode bis zur Parteispaltung im Ersten Weltkrieg ein. Dieser Spaltung folgte der rasante Bedeutungsverlust der Partei in der Zwischenkriegszeit. Viel ist über diesen Niedergang geschrieben worden⁷⁶: War er unaufhaltsam, durch die Heraufkunft einer eigenständigen Arbeiterpartei vorgezeichnet und durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1918 unabwendbar?⁷⁷ Oder gab die Parteispaltung über die Beteiligung am Ersten Weltkrieg den Ausschlag dafür, eine überlebensfähige Partei so zu schwächen, daß sie nicht länger bestehen konnte?⁷⁸

Die spätviktorianische Zeit wird durch diese Fragen berührt, insofern langfristige gesellschaftliche und politische Entwicklungen zur Debatte stehen. Deutete insbesondere das Entstehen einer eigenständigen Arbeiterpartei das notwendige Ende der Liberal Party an?

Ohne abschließende Antworten auf diese Frage zu suchen, ist festzuhalten, daß die Labour Party und der New Liberalism aus gemeinsamen Traditionen des liberalen Radikalismus heraus erwachsen.⁷⁹ Anfänglich war keineswegs ausgemacht, ob sich die Idee einer eigenständigen Arbeiterrepräsentation bei Wahlen durchsetzen lassen würde; die These vom unaufhaltsamen Aufstieg der Labour Party setzt ein Wahlverhalten nach Klassenzugehörigkeiten voraus, bei dem die Arbeiter zum überwiegenden Teil die Labour Party favorisiert haben müßten. Die Forschung hat jedoch gezeigt, daß die Lage in den einzelnen Wahlkreisen sehr unterschiedlich sein konnte und Verallgemeinerungen nur schwer möglich sind. In jedem Fall waren schon nach den Bestimmungen der Wahlgesetze ab 1867 signifikante Teile der Arbeiterschaft, selbst der Ärmsten, stimmberechtigt. In diesen Wählerschichten konnten die Liberalen – ebenso wie die Konservativen – auch dann noch bedeutsame Stimmen-

75 Anthony Howe: Towards the »Hungry Forties«. Free Trade in Britain, c. 1880-1906. In: Eugenio F. Biagini (Hrsg.): *Citizenship and Community. Liberals, Radicals and Collective Identities in the British Isles, 1865-1931*. Cambridge 1996, S. 193-218.

76 J. A. Thompson: The Historians and the Decline of the Liberal Party. In: *Albion* 22 (1990), S. 65-83; Keith Laybourn: The Rise of Labour and the Decline of Liberalism: The State of the Debate. In: *History* 80 (1995), S. 207-226.

77 H. C. G. Matthew / R. I. McKibbin / J. A. Kay: The Franchise Factor in the Rise of the Labour Party. In: *English Historical Review* 91 (1976), S. 723-752.

78 P. F. Clarke: *Lancashire and the New Liberalism*. Cambridge 1971; Duncan Tanner: *Political Change and the Labour Party 1900-1918*. Cambridge 1990.

79 Jon Lawrence: Popular Radicalism and the Socialist Revival in Britain. In: *Journal of British Studies* 31 (1992), S. 163-186.

gewinne verbuchen, als bereits eine eigenständige Arbeiterpartei existierte.⁸⁰ Auch nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1918 wählten die Arbeiter keineswegs geschlossen die Labour Party. Diese mußte zudem in Programmatik und Rhetorik eine Gemeinwohlorientierung demonstrieren, die sie auch über die Arbeiterschaft hinaus wählbar erscheinen ließ.⁸¹

Es ist also kaum von einer notwendigen Ablösung der Liberalen durch Labour durch die Demokratisierung des Wahlsystems auszugehen. Es gilt vielmehr, die Kontingenz der Entwicklung zu berücksichtigen und die konkrete Entwicklung des Verhältnisses beider Parteien zueinander sowie gegenüber den Wählern zu betrachten. Das Labour Representation Committee, das 1906 in Labour Party umbenannt wurde, befand sich seit 1903 mit den Liberalen in einem strategischen Wahlbündnis, das darauf angelegt war, konkurrierende Kandidaturen in einzelnen Wahlkreisen auszuschließen und damit die Wahlchancen beider Parteien zu erhöhen. Von dieser »Progressive Alliance«, die bis zur Veränderung der politischen Landschaft durch den Ersten Weltkrieg Bestand hatte, profitierte die Labour Party, die einen deutlichen Zuwachs an Parlamentssitzen erringen konnte, während die Liberalen sich sicher sein konnten, daß die Konservativen in allen Wahlkreisen unter Druck stehen würden. Auf nationaler Ebene war damit ein weitgehend funktionierender Kooperationsmechanismus zwischen den Liberalen und Labour gefunden.⁸²

Unübersichtlicher stellte sich die Lage auf Gemeindeebene dar. Gerade im kommunalen Bereich kam es schon während der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zu Ansätzen sozialer Reform, die durch progressive Allianzen zwischen Liberalen und Arbeiterrepräsentanten eingeleitet wurden.⁸³ Es zeigten sich auf lokaler Ebene aber auch Grenzen der Kooperation. Schon nach der Wahlreform von 1867, die den städtischen Arbeitern das Wahlrecht gebracht hatte, weigerten sich viele örtliche liberale Wahlkomitees, Arbeiterkandidaten zu unterstützen.⁸⁴ Dies war einer der Anlässe für die Gründung der Independent Labour Party (ILP) im Jahr 1893. Umgekehrt legte auch die ILP in einzelnen Wahlkreisen Wert auf Unabhängigkeit von den Liberalen, so daß

80 Zusammenfassend John Davis: *The Enfranchisement of the Urban Poor in Late-Victorian Britain*. In: Ghosh / Goldmann (Hrsg.): *Politics and Culture in Victorian Britain* (wie Anm. 30), S. 95-117; Jon Lawrence: *Speaking for the People. Party, Language and Popular Politics in England, 1867-1914*. Cambridge 1998, S. 163-263; Timothy Cooper: *London-over-the-border: Politics in Suburban Walthamstow, 1870-1914*. In: Matthew Cragoe / Antony Taylor (Hrsg.): *London Politics, 1760-1914*. Basingstoke 2005, S. 211-232.

81 Duncan Tanner: *Class Voting and Radical Politics: The Liberal and Labour Parties, 1910-1931*. In: Jon Lawrence / Miles Taylor (Hrsg.): *Party, State and Society. Electoral Behaviour in Britain since 1820*. Aldershot 1997, S. 106-130.

82 Pugh: *The Making of Modern British Politics* (wie Anm. 16), S. 115-129 u. 141-145.

83 Paul A. Readman: *The 1895 General Election and Political Change in Late Victorian Britain*. In: *The Historical Journal* 42 (1999), S. 467-493; Susan D. Pennybacker: *A Vision for London 1889-1914. Labour, Everyday Life and the LCC Experiment*. London 1995.

84 Für ein frühes Beispiel Detlev Mares: *A Radical in Wales. Alfred A. Walton and Mid-Victorian Welsh Popular Radicalism*. In: *Welsh History Review* 21 (2002), S. 271-291.

auch von dieser Seite her die Zusammenarbeit ins Stocken geraten konnte.⁸⁵ Allerdings läßt sich aus diesen Problemen nicht ohne Weiteres auf einen generellen Niedergang der Liberalen auf kommunaler Ebene⁸⁶ schließen. Gerade in den Städten hielt sich bis über das Ende des Jahrhunderts hinaus die Überzeugung, »that politics had no place in the council chamber«.⁸⁷ Auch wenn die Kandidaten unter Parteibezeichnungen zu Gemeindewahlen antraten, lassen sich wegen der Besonderheiten kommunaler Abstimmungen und wegen der bisher noch recht lückenhaften Forschungslage kaum verallgemeinerbare Aussagen über die damaligen Entwicklungschancen einzelner Parteien treffen.⁸⁸

Betrachtet man die Konstellationen nach der Jahrhundertwende, so sind für diese Zeit ohnehin bereits Rückkopplungseffekte zu berücksichtigen, die sich aus dem Bestehen der progressiven Wahlallianz von 1903 ergaben sowie aus der Tatsache, daß die Liberalen seit 1905 Regierungspartei waren. Mit den wohlfahrtsstaatlichen Sozialgesetzen präsentierte die Liberal Party sich zwar als Interessenvertretung der Arbeiterschaft, doch innenpolitische Krisen durch Lohnforderungen und Streikaktionen der Gewerkschaften ließen sich dadurch nicht vermeiden.⁸⁹ Zudem löste die interventionistische Sozialgesetzgebung Unmut bei vielen ihrer eigentlichen Adressaten aus: Viele Arbeiter empfanden den Versicherungszwang als Eingriff in die eigene, eifersüchtig bewachte Unabhängigkeit; Maßnahmen, die die Liberalen als Voraussetzung sahen, um dem Einzelnen die Gestaltung des eigenen Lebens zu ermöglichen, erschienen den Arbeitern häufig als getarnte Sozialkontrolle und als Übergriffe der höheren Klassen auf die eigenen Lebensformen.⁹⁰ Berücksichtigt man weiterhin, daß die Liberalen die Bedeutung der Frauenwahlrechtskampagne sträflich unterschätzten, spricht vieles dafür, daß der Niedergang der Liberal Party nicht aus Entwicklungen des späten 19. Jahrhunderts abgeleitet werden muß, sondern daß Entscheidungen der liberalen Regierungen nach 1905 eine neue politische Konstellation schufen, die eher als Ansatzpunkt für eine Analyse der Ursachen des »Niedergangs« geeignet ist.

85 James Robert Moore: Progressive Pioneers: Manchester Liberalism, the Independent Labour Party, and Local Politics in the 1890s. In: *The Historical Journal* 44 (2001), S. 989-1013.

86 Hartmut Pogge von Strandmann: Der nicht – so – merkwürdige Tod der Liberalen Partei in England. In: Rohe (Hrsg.): *Englischer Liberalismus* (wie Anm. 49), S. 171-195, hier: S. 175-179.

87 Barry M. Doyle: The Changing Functions of Urban Government: Councillors, Officials and Pressure Groups. In: Martin Daunton (Hrsg.): *The Cambridge Urban History of Britain. Volume III: 1840-1950*. Cambridge 2000, S. 287-313, Zitat S. 305.

88 Dazu in Kürze Mark Willock: *Liberale in Deutschland und England, 1867-1914*. Diss Freiburg 2007.

89 Searle: *The Liberal Party* (wie Anm. 13), S. 93-104.

90 Marc Brodie: *The Politics of the Poor. The East End of London 1885-1914*. Oxford 2004, S. 75-88; Sykes: *The Rise and Fall of British Liberalism* (wie Anm. 22), S. 170-176.

Wenn die Liberalen bei Wahlen nach 1918 einen zunehmend schweren Stand hatten, muß überdies dem Ersten Weltkrieg eine wesentliche Rolle zugeschrieben werden. Neben der wahlstrategisch verheerenden Spaltung der Liberal Party und dem zunehmend ungeliebten Lloyd-George-Kabinet trug der Krieg auf mittlere Sicht zum Aufbrechen der relativ geschlossenen liberalen Milieus der spätviktorianischen und edwardischen Zeit bei. Dies nahm der Partei in vielen Städten ihre traditionelle Basis.⁹¹ Erst zu diesem Zeitpunkt waren die Liberalen in eine Zwangslage gekommen, aus der sie sich nicht mehr befreien konnten: Sie hatten sowohl bei den Arbeitern als auch bei den bürgerlichen Schichten an Kredit verloren.⁹² Davon profitierten die Konservativen und die Labour Party.

Wenn die Kontingenz der Entwicklung betont wird, bedeutet dies im Umkehrschluß, daß ein nennenswertes Fortbestehen des parteipolitisch organisierten Liberalismus in Großbritannien im 20. Jahrhundert für plausibel gehalten werden kann. Der europäische Vergleich weist jedoch auf einen allgemeinen Erfolgsschwund der alten liberalen Parteien im 20. Jahrhundert hin. Liberale Kernüberzeugungen, die die Verantwortlichkeit des Einzelnen für sein Handeln betonten und die Ausübung des Wahlrechts an die Fähigkeit der individuellen Urteilsbildung banden, standen stets in einem gewissen Spannungsverhältnis zur vollständigen Demokratisierung des politischen Systems.⁹³ Eine erfolgreiche Liberal Party hätte im Großbritannien nach 1918 ein deutlich anderes Gesicht zeigen müssen als ihre viktorianische Vorläuferin. Potentiale für die Entwicklung zu einer sozial-liberalen Partei waren in ihrer Geschichte in jedem Fall angelegt.

Solche Überlegungen, die letztlich Spekulation bleiben, interessieren in unserem Kontext nur insofern, als sie einen geschärften Blick auf den spätviktorianischen Liberalismus erlauben: Bei allen Krisensymptomen können die Veränderungsschübe im spätviktorianischen Liberalismus nicht schon als Keimzelle eines notwendigen Untergangs der Liberal Party charakterisiert werden. Eher lassen sie sich interpretieren als partieller Abschied vom Liberalismus der vorangegangenen Jahrzehnte, der seine Prägung nicht zuletzt durch Gladstone erfahren hatte. Die Ursachen für diesen Prozeß lagen teilweise in neuen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen, die eine programmatische Neuorientierung erforderlich machten, teilweise aber auch in den personellen Umstrukturierungen, mit denen sich viele Parteien nach der langen

91 Barry M. Doyle: Urban Liberalism and the ›Lost Generation‹: Politics and Middle Class Culture in Norwich 1900-1935. In: *The Historical Journal* 38 (1995), S. 617-634.

92 Searle: *The Liberal Party* (wie Anm. 13), S. 89-93; Kenneth O. Morgan: Die soziale und politische Mobilisierung Großbritanniens, 1918-1926. In: Hans Mommsen (Hrsg.): *Der Erste Weltkrieg und die Europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik*. Köln u. a. 2000 (= *Industrielle Welt* 60), S. 125-144.

93 Alan S. Kahan: *Liberalism in Nineteenth-Century Europe. The Political Culture of Limited Suffrage*. Basingstoke 2003, S. 172-192.

Dominanz eines »Patriarchen« schwer tun. Daß dabei Chancen versäumt wurden, die Liberal Party schon vor dem Erstarren der Labour Party zum Sammelbecken sozialer und demokratischer Forderungen zu machen, bedeutet nicht, daß sie bereits zu diesem Zeitpunkt dem Untergang geweiht gewesen wäre.

Liberalismus in Frankreich um 1890

In der Literatur zum französischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts gibt es schon seit längerer Zeit den Topos der »Begriffsverwirrung«¹. Für die im Folgenden behandelte Zeit des späten 19. Jahrhunderts besitzt dieser Topos seine volle Berechtigung. Jeder genauere Blick auf die zeitgenössische französische Verwendung zeigt, dass den Worten »libéral« und »libéralisme« ein hohes Maß an Beliebigkeit anhaftete – was wohl ein wesentlicher Grund für den relativ seltenen Gebrauch war². Und auch in der historischen Forschung, soweit sie den Begriff überhaupt verwendet, existieren ganz unterschiedliche Ansätze, den französischen Liberalismus dieser Epoche ab- und einzugrenzen³.

Der vorliegende Beitrag kann sich nur in beschränktem Maße auf diese Definitionsprobleme einlassen. Sein pragmatisches Ziel besteht vielmehr darin, einen skizzenhaften Überblick über wesentliche Erscheinungsformen jener politischen Kräfte Frankreichs um 1890 zu gewinnen, die bei einer weiten Begriffsauslegung dem Liberalismus zugerechnet werden können. Dabei wird in fünf Schritten vorgegangen: Zunächst erfolgen einige Hinweise zu den wesentlichen Merkmalen des damaligen Liberalismusbegriffs in Frankreich. Anschließend sollen die Haupttendenzen des französischen Liberalismus um 1890 dargestellt werden. Darauf aufbauend werden im dritten Abschnitt die inhaltlichen Grundpositionen der liberalen Strömungen umrissen, wobei

- 1 So z.B. Rainer Hudemann: Politische Reform und gesellschaftlicher Status quo. Thesen zum französischen Liberalismus im 19. Jahrhundert. In: Dieter Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Göttingen 1988, S. 332-352, hier S. 332; Gerd Krumeich: Der politische Liberalismus im parlamentarischen System Frankreichs vor dem Ersten Weltkrieg. In: Ebd., S. 353-366, hier S. 354.
- 2 Zum französischen Liberalismusbegriff in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vgl. Jörn Leonhard: Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters. München 2001, v.a. S. 505-514.
- 3 Vgl. allgemein zum französischen Liberalismus im späten 19. Jahrhundert neben Hudemann (wie Anm. 1) und Krumeich (wie Anm. 1): William Logue, From Philosophy to Sociology. The Evolution of French Liberalism 1870-1914. DeKalb/Illinois 1983; Klaus-Peter Sick: Vom Opportunismus zum Libéralisme autoritaire. Die Krise des französischen Liberalismus im demokratisierten Parlamentarismus 1885-1940. In: Geschichte und Gesellschaft 29 (2003), S. 66-104. Vgl. auch die zusammenfassenden Skizzen von Hartmut Kaelble: Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880. München 1991, S. 66-70, und Stefan Grüner: Paul Reynaud (1878-1966). Biographische Studien zum Liberalismus in Frankreich. München 2001, S. 25-30. Zur Frage, inwieweit auch der Radikalismus zum Liberalismus zu rechnen ist, vgl. unten S. 169 mit Anm. 15; Literaturhinweise zur Geschichte des Radikalismus vgl. unten Anm. 14.

sowohl die verbindenden Aspekte zu beachten sind als auch die Themen, die intern für Differenzen sorgten. Im vierten Abschnitt werden dann einige Ursachen für die innenpolitische Stärke erörtert, die Ende des 19. Jahrhunderts den französischen »Liberalismus an der Macht« (Hartmut Kaelble)⁴ auszeichneten. Zum Schluss soll noch knapp ein Charakteristikum des französischen Liberalismus angesprochen werden, das sich langfristig eher als Schwäche erwiesen hat: sein extrem hohes Maß an politischem Individualismus.

1. *Zeitgenössische Begrifflichkeit*

Wie bereits angedeutet, weisen die relativ selten verwendeten Begriffe »libéralisme« und »libéral« in Frankreich um 1890 eine überaus diffuse Semantik auf. Bemerkenswert ist dabei eine oftmals eher konservative Konnotation, so dass die politische Verortung der Begriffe deutlich nach rechts tendierte.

Die Ursachen dieser grundlegenden Befunde sind vielfältig und können hier nur kurz gestreift werden. Von Anfang an war in Frankreich die gleichsam doppelte Frontstellung des politischen Liberalismusbegriffs stark ausgeprägt⁵. Bereits in der Zeit des Direktoriums und dann weitaus häufiger im Kaiserreich Napoleons I. meinte »libéral« gleichermaßen die Sicherung der aus der Revolution hervorgegangenen freiheitlichen Grundprinzipien gegen reaktionäre Bestrebungen wie auch die Abwehr neuer revolutionärer Leidenschaften. Zur Beliebtheit beigetragen hat zweifellos der mehrfache Wechsel der politischen Systeme in Frankreich seit 1789, wobei »libéral« je nach politischer Konstellation unterschiedliche Begriffsdehnungen und damit eine gewisse Abnutzung erfahren hat. Eine semantische Verfestigung scheiterte nicht zuletzt auch daran, dass sich bis Ende des 19. Jahrhunderts in Frankreich noch keine organisierten politischen Parteien ausgebildet hatten, die den Begriff hätten aufgreifen können. Eine häufigere Verwendung von »libéral« und »libéralisme« wurde zudem durch die verbreitete Links-rechts-Dichotomie im politischen Denken Frankreichs blockiert⁶. Das liberale Spektrum wurde in

4 Kaelble (wie Anm. 3), S. 67.

5 Zur Entwicklung des französischen Liberalismusbegriffs vgl. neben Leonhard (wie Anm. 2) auch Rudolf Vierhaus: Liberalismus. In: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hrsg. von Otto Brunner u.a., Bd. 3. Stuttgart 1982, S. 741-785, hier S. 748-751; sowie »Liberalismus«. In: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, hrsg. von Joachim Ritter und Karlfried Gründer, Bd. 5. Darmstadt 1980, Sp. 255-272, hier Sp. 256-259. Zur klassischen französischen Liberalismustheorie (v.a. Benjamin Constant und Alexis de Tocqueville) vgl. zusammenfassend Udo Bernbach: Liberalismus. In: *Pipers Handbuch der politischen Ideen*, hrsg. von Iring Fetscher und Herfried Münkler, Bd. 4. München – Zürich 1986, S. 323-368, hier S. 341-350.